



Rechtsausschuss

NEUDRUCK

69. Sitzung (öffentlich)

18. Januar 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:10 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP)

Protokoll: Iris Staubermann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Verfahren über die Verfassungsbeschwerde des Herrn W., vertreten durch die Scheunemann Schneider Rechtsanwälte PartGmbH, Landsberger Straße 480, 81241 München, gegen 9**
 - a. den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Oktober 2015 – BVerwG 6 C 39.15 (6 C 35.14) –,**
 - b. das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Juli 2015 – BVerwG 6 C 35.14 –**

1 BvR 2579/15
Vorlage 16/4621

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem verfassungsgerichtlichen Verfahren nicht Stellung zu nehmen.

- 2 Organstreitverfahren der Partei DIE LINKE, Landesverband Nordrhein-Westfalen, gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung der 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen der Räte in den Gemeinden, der Bezirksvertretungen, der Kreistage und der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr durch das Kommunalvertretungsstärkungsgesetz** 10

VerfGH 15/16

Vorlage 16/4591

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem Organstreitverfahren eine Stellungnahme abzugeben.

- 3 Organstreitverfahren der Sauerländer Bürgerliste e.V. gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung der 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen der Räte in den Gemeinden, der Bezirksvertretungen, der Kreistage und der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr durch das Kommunalvertretungsstärkungsgesetz** 11

VerfGH 14/16

Vorlage 16/4592

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem Organstreitverfahren eine Stellungnahme abzugeben.

- 4 Organstreitverfahren der Partei Volksabstimmung, Landesverband Nordrhein-Westfalen, gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen, gegen die SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nordrhein-Westfalen, die CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen wegen Verfassungswidrigkeit der Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen der Räte in den Gemeinden, der Bezirksvertretungen, der Kreistage und der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr durch das Kommunalvertretungsstärkungsgesetz** 12

VerfGH 13/16

Vorlage 16/4606

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem Organstreitverfahren eine Stellungnahme abzugeben.

- 5 Organstreitverfahren der Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative, Landesverband Nordrhein-Westfalen (Partei NRW), gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen** 13

VerfGH 16/16
Vorlage 16/4607

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem Organstreitverfahren eine Stellungnahme abzugeben.

- 6 Organstreitverfahren der Ökologischen-Demokratischen-Partei (ÖDP), Landesverband Nordrhein-Westfalen und der Partei Mensch-Umwelt-Tierschutz (Tierschutzpartei), Landesverband Nordrhein-Westfalen, gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen** 14

VerfGH 17/16
Vorlage 16/4612

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem Organstreitverfahren eine Stellungnahme abzugeben.

- 7 Organstreitverfahren der Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen (PRO NRW) gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen** 15

VerfGH 18/16
Vorlage 16/4611

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem Organstreitverfahren eine Stellungnahme abzugeben.

8 Verfahren über die Verfassungsbeschwerde 16

1. **der Bundesstadt Bonn, vertreten durch den Oberbürgermeister, Berliner Platz 2, 53111 Bonn,**
2. **der Gemeinde Much, vertreten durch den Bürgermeister, Hauptstraße 57, 53804 Much,**
3. **der Stadt Velbert, vertreten durch den Bürgermeister, Thomasstr. 7, 42551 Velbert,**

vertreten durch Bevollmächtigte: Redeker, Sellner, Dahs, Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB, Willy-Brandt-Allee 11, 53113 Bonn

wegen Verletzung der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie durch § 27 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Anlage 3 des GFG 2016

VerfGH 20/16

Vorlage 16/4618

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem verfassungsgerichtlichen Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

9 Organstreitverfahren der Partei Freie Bürger-Initiative/Freie Wähler gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen 17

VerfGH 21/16

Vorlage 16/4627

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem Organstreitverfahren eine Stellungnahme abzugeben.

10 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Absenkung des Wahlalters) 18

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/13313 (Neudruck)

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen zu beraten.

11 Gesetz zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen 19

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13113

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen zu beraten.

12 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze 20

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13312

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen zu beraten.

13 Es ist fünf nach zwölf! – Ganzheitliches Handlungskonzept zur Prävention von Radikalisierungen, insbesondere des gewaltbereiten Salafismus, endlich entwickeln und wissenschaftlich begleiten lassen 21

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12341

APr 16/1502

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Piraten – Drucksache 16/12341 – mit den Stimmen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Piraten ab.

14 Trauerspiel um die JVA Münster beenden: Überfälligen Neubau endlich realisieren, denkmalgeschützten Altbau erhalten! 23

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12832

APr 16/1552

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/12832 – mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP ab.

15 Nordrhein-Westfalen unterstützt die Bestrebungen der Bundesregierung für ein härteres Vorgehen im Kampf gegen Wohnungseinbrecher 27

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13685

Die Landesregierung wird gebeten, zur nächsten Sitzung des Ausschusses einen umfassenden Bericht über den Stand der Beratungen auf Bundesebene sowie über die Position der Landesregierung zu diesen Beratungen vorlegen.

16 Landesregierung muss wachsende Überstundenberge sicher vor Verfall schützen – Beamte haben Kompensation ihrer unvermeidbar anfallenden Mehrarbeit verdient 28

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13694

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Ausschusses zu beteiligen.

17 Ehrliche und offene Evaluation kriminalpolitischer Maßnahmen ermöglichen – Kriminalitätsstatistiken reformieren 29

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13524

Der Ausschuss kommt nach kurzer Diskussion überein, die vorgesehene Anhörung am 8. März 2017 durchzuführen.

Minister Thomas Kutschaty (JM) sagt auf Bitte des Abgeordneten Wedel zu, dem Ausschuss im März 2017 die Strafverfolgungsstatistik vorzustellen.

**18 Nordrhein-Westfalen muss bundespolitischer Impulsgeber bei der
Regelung des digitalen Nachlasses werden 30**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13305

Vorlage 16/4628

**19 Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Flucht eines
Angeklagten während der Verhandlung am Amtsgericht Eschweiler?
(Bericht angefordert von der Fraktion der CDU; siehe Anlage) 32**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4629

20 Kriminalitätsbekämpfung 33

Bericht der Landesregierung
Vorlagen 16/4391, 16/4630

21 Verschiedenes 36

* * *